

## **Protokoll**

Die große Anzahl der Petitionen von Jugendamtsopfern und die Anwesenheit mehrerer Betroffener veranlasste das Präsidium zu einer kurzfristigen Änderung der Tagesordnung: Die INGO-Präsidentin, Frau Öschger, konnte auf die Menschenrechtsverletzungen deutscher Jugendämter aufmerksam machen, die Kontrolle der Rechtsstaatlichkeit fordern und die Frage nach Abhilfe stellen. Konkrete Forderungen wurden in der „Bamberger Erklärung“ formuliert und übergeben.

Die Parlamentarier reagierten schockiert. Ein besonderen Bedarf, einzugreifen, wurde festgestellt. Der Vorsitzende, Herr Libicki, hat zugesichert, dass Frau Öschger die Arbeitsschwerpunkte zur Bearbeitung der Petition in seine Hände geben kann. Das bestmöglich zu erhoffende Ziel sah Frau Öschger damit erfüllt, dass nun Fachkräfte und Betroffene bei der Ausarbeitung eines internen Berichtes / Arbeitskonzeptes für den EU-Petitionsausschuss mitarbeiten können.

Beim Aushängen von Ronjas Fall und einem Foto von ihr wurden italienische Parlamentarier aufmerksam. Ich konnte 15 min die Verletzungen von Grundgesetz, Sozialgesetz, Bürgerlichem Gesetz und Kinderrechten durch das Jugendamt und die existenzberohende, gewalttätige Vorgehensweise des Jugendamtes gegen Ronja darlegen. *Ab Montag kann ich mich an das EU-Büro: Menschenrechte für Kinder wenden.*

---

## **Konsequenzen / Ideen / nächste Maßnahmen**

**Öffentlichkeitsarbeit, Medienarbeit** in großem, **aufklärenden** Maßstab, große Plakataktion in Deutschland oder Werbekampagne, gewinnen von Mediengrößen, vielleicht über internationale Zeitungen/Magazine, die es auch in Deutschland gibt? Die Briefe von Frau Zypris sind doch ein Skandal, aber die Zeitungen haben Angst. Und die Story ist auch nicht so spektakulär, wenn nur eine Mutter kommt. Aber wenn „die EU“ das Medium aufsucht, dann kann das dem Journalist Rückendeckung geben. Und so können auch hochangesiedelte Fachleute sich beteiligen, die Fachmeinung laut zu sagen (Verband der Verfahrenspfleger (habe die Bamberger Erklärung schon dahin gegeben) oder Prof. Salgo...)

Es können **Prezedenzfälle** geschaffen werden, die groß in den Medien begleitet werden und zum Aufwachen einzelner JA-Mitarbeiter führen können. Die verantwortlichen Parlamentarier könnten eine Pressekonferenz geben, gezielte Zeitungen einladen und eine hotline vereinbaren zum Thema Jugendamt. Vorher müßte man mit der Ministerin klären, dass es sofort ans Tageslicht käme, wenn der Presse Repressalien drohen...

**Gespräch mit der Ministerin**, auch, um EU-Verfahrenspfleger oder Menschenrechtskontrolleure als Beistand jedem Kind in staatlicher Gefangenschaft senden zu können. Angleichung der Rechte in der EU

Meldesystem für Menschenrechtsverletzungen u.a. Rechtsverletzungen, wie „Polizei 110“ muß es eine **EU-Nummer** geben, wenn wieder eine Tür eingetreten wird und ein Kind mit Gewalt behandelt wird. Denn die Nummern, die es in Deutschland gibt, verprügeln ja die

Kinder SELBST, statt zu helfen. Selbst beim Kinderschutzbund und Kinderhilfswerk haben sie Ronja nicht geholfen, wegen der amtswillkürfördernden Ausrede, wir stecken in einem Verfahren.

**Bestandaufnahme**, Statistik, Anzahl Kindesentzüge, Statistik der fleißenden Gelder

„Gelbe Karte“, dass das Tribunal schon organisiert wird, verfassen? Gespräch mit der Justizministerin? Ausarbeitung von einem „Freibrief“ mit speziellen Kompetenzen, Zutritt und Antworten verlangen zu können. Wenn in „ihrem“ Jugendamt alles so gesetzeskonform funktioniert, kann sie das ja erlauben! Vielleicht kann auf einem EU-Papier zusammengefaßt werden, welche Gesetze und Menschenrechte auffällig gebrochen werden und worauf Anwälte gleich achten sollen?

**Matrrial**, worauf sich **Anwälte** schon jetzt stützen können?

- Recht auf Akteneinsicht
- Menschenrechte gelten nicht in laufenden Verfahren?
- Argumentensammlung, Warnsystem
- Schwarze Liste von Richtern oder Anwälten, Verfahrenspflegern bzw. Gegenteil
- Warnung: immer nur mit Zeugen ins Amt o.a.

**Parlamentarierpatenschaften** für spezielle Fälle/Kinder, die **sofort** geprüft werden. Sofort Akteneinsicht, Gespräche, Telefonate mit Jugendamt, Schnellbehandlung in Gerichten bei Diagnose: Amtswillkür.

Oder eine Art EU-Verfahrenspfleger für die Kinder etablieren. (Ich weiss z.B. seit 7.11.2007 nicht, wo Ronja ist und welche zweifelhaften Leute sich um sie kümmern oder ihre Meinung verdrehen. Ihr eigenen verfahrenspflegerinnen werden nicht zu ihr gelassen. Man nennt eine Person, die den Fall und das Kind nicht kannte „Vertrauensperson“

**Urgent actions**: Postaktion an Jugendamt, OLG und Kindesvater

**Dienstaufsicht für das Deutsche Jugendamt?**

Ideen von Anwälten, Verfahrenspflegern oder Betroffenen für den internen Bericht an:  
e-mail der INGO-Präsidentin: [aoeschger@t-online.de](mailto:aoeschger@t-online.de)

**Infos**

Alberti: 1,6 Mio Jugendamtsmitarbeiter, internationales Problem, Milliardenzweig, wie Prostitution, Heime zu belegen, Arbeitsplätze zu sichern...5-10.000 EUR für die Vermittlung eines Kindes in eine Pflegefamilie! JA im dritten Reich erfunden, JA ist in allen Verfahren zwangsweise beteiligt, wo man Kinder holen kann, Deutscher Richter: „Wir wollen aus ihrem Sohn einen Deutschen machen. (Zu polnischem Vater)

Deutscher Abgeordneter, Herr Wieland: Deutschland ist nicht an Europäische Menschenrechtskonventionen gebunden. Das erntete die Verachtung der internationalen Petitionsausschussmitglieder

*EU Rat: 47 Länder*